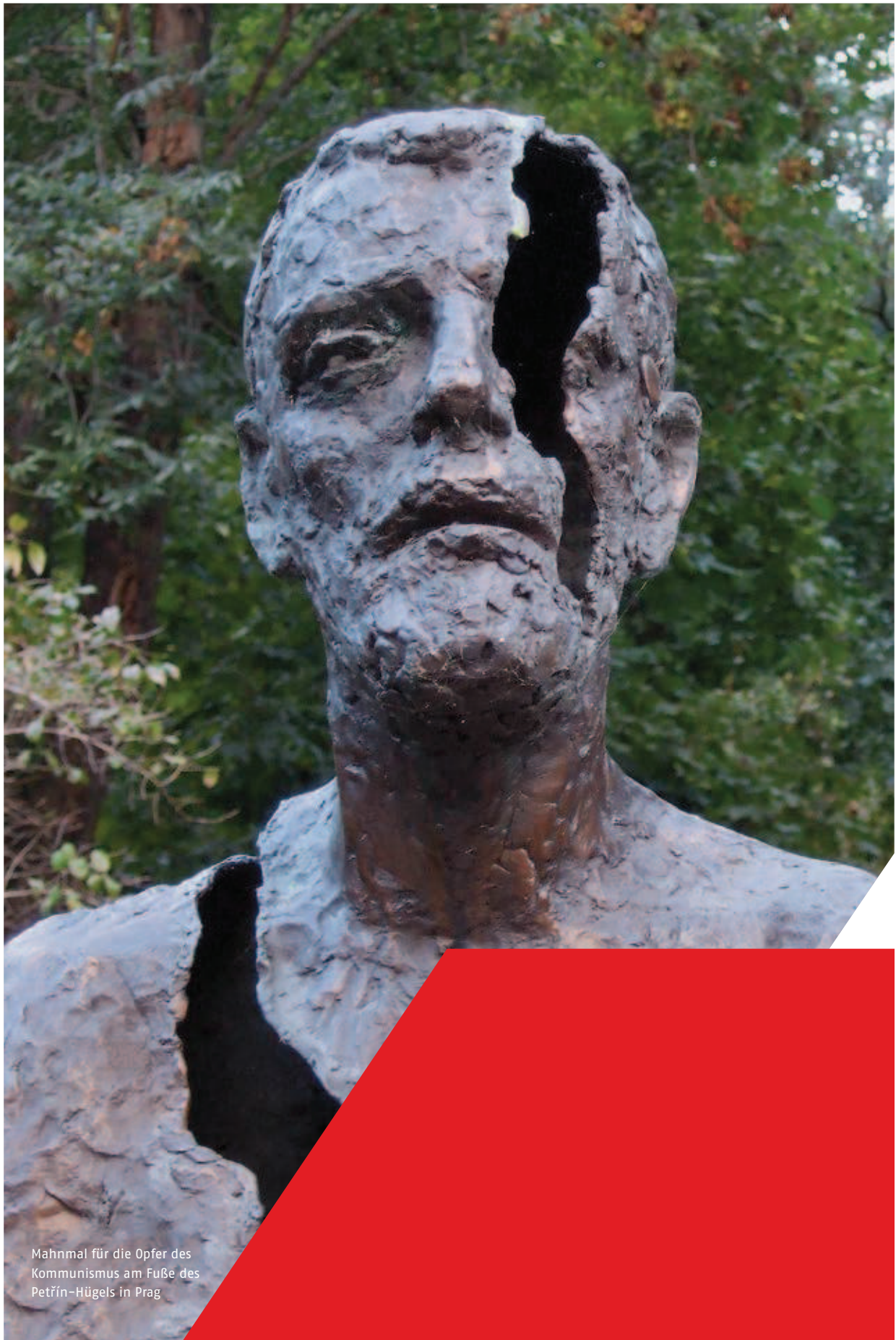


**Museen und Gedenkstätten**  
**zur Erinnerung an die Opfer der**  
**kommunistischen Diktaturen**

Herausgegeben von Anna Kaminsky  
im Auftrag der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.  
Erarbeitet von Anna Kaminsky, Ruth Gleinig und Lena Ens.

Sandstein Verlag, Dresden



Mahnmal für die Opfer des  
Kommunismus am Fuße des  
Petřín-Hügels in Prag



PRAG  
LEŠETICE



**Tschechische  
Republik**

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde die erste Tschechoslowakische Republik gegründet, die bis 1938 bestand. Infolge der sogenannten Sudetenkrise 1938 wurde ein Teil des tschechischen Staatsgebiets dem nationalsozialistischen Deutschland angegliedert. Dabei handelte es sich um das mehrheitlich deutschsprachige Sudetengebiet. Diese Gebietsübernahme durch Deutschland wurde im Münchner Abkommen, zu dem die tschechoslowakische Regierung nicht eingeladen war, durch Vermittlung von Benito Mussolini zwischen Großbritannien und Frankreich auf der einen Seite und Deutschland auf der anderen vereinbart. Zugleich nutzten Ungarn und Polen ihrerseits die Möglichkeit, zur Tschechoslowakei gehörende Gebiete, die mehrheitlich ungarisch- oder polnischsprachig waren, ihren Ländern zuzuschlagen. Im März 1939 löste sich die Slowakei schließlich aus dem Rest-Staatenbund und erklärte ihre Unabhängigkeit. Zurück blieb nur noch ein Torso der einstigen Tschechoslowakischen Republik. Mitglieder der Regierung, darunter Edvard Beneš, flohen ins Exil. Nach der Besetzung des verbliebenen tschechischen, als »Protektorat« bezeichneten Gebiets unterdrückte die deutsche Besatzungsmacht jegliche Form des Widerstands brutal. Berüchtigt waren Massaker an der Zivilbevölkerung wie beispielsweise in Lidice, die man als Vergeltungsaktionen für Widerstandsaktionen ausgab. Die in Böhmen und Mähren lebenden Juden wurden zum großen Teil deportiert und in deutschen Vernichtungslagern ermordet. Der Widerstand gegen die deutschen Besatzer wurde bis Kriegsende fortgeführt und führte Anfang Mai 1945 zu einem bewaffneten Aufstand. Prag wurde am 9. Mai 1945 durch die Rote Armee befreit.

Nach Kriegsende wurde das tschechoslowakische Staatsgebiet in den Grenzen von 1937 wiederhergestellt. Die Karpatenukraine verblieb bei der Sowjetunion und wurde der Ukraine zugeschlagen. Nach der Rückkehr des vormaligen Staatspräsidenten Beneš aus dem Exil wurde eine Regierung der Nationalen Einheit gebildet, in der auch die Kommunisten vertreten waren. Diese verfügten wegen ihres Widerstands gegen das Münchner Abkommen über großes Ansehen und Rückhalt in der Bevölkerung. Zudem dominierten sie in den Betrieben und Gewerkschaften; wichtige Schlüsselressorts wurden von Kommunisten geleitet. Unmittelbar nach Kriegsende begannen massive Vergeltungsaktionen gegen die deutschen Einwohner, die aus ihren Wohnorten vertrieben, misshandelt und ihres Eigentums beraubt wurden.

Nach dem Sieg in den Wahlen des Jahres 1946 bereitete sich die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei (KPČ) systematisch auf die Übernahme der politischen Macht vor. Wichtige Posten in der Regierung wurden von Vertretern der Kommunistischen Partei besetzt. Ihr Vorsitzender Klement Gottwald war zugleich Ministerpräsident. Nach dem »Februarumsturz« 1948, der mit dem Rücktritt mehrerer nichtkommunistischer Minister einherging, wurde eine neue, kommunistisch dominierte Regierung gebildet mit Klement Gottwald als Staatspräsident. Bereits unmittelbar nach den Wahlen 1946 war mit Enteignungen begonnen worden, die nun forciert wurden. Politische Repressionen wurden legalisiert. Demokratisch gesinnte Bürger wurden zu »Klassenfeinden« erklärt, von der Staatssicherheit (Státní bezpečnost – StB) verfolgt und zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt. Zwischen 1946 und 1964 befanden sich in den Gefängnissen jährlich etwa 30 000 politische Häftlinge. Mindestens 240 Menschen wurden aus politischen Gründen getötet. Zusätzlich zu den Gefängnissen richtete man zahllose Zwangsarbeitslager ein. Zum Symbol des Widerstands gegen das totalitäre Repressionsregime der 1950er Jahre wurde die Bürgerrechtlerin Dr. Milada Horáková: Von 1942 bis 1944 für ihren Einsatz gegen die nationalsozialistische Besatzung im Konzentrationslager Theresienstadt inhaftiert, wurde sie nach ihrer Rückkehr in die Tschechoslowakei aufgrund ihres entschiedenen Eintretens gegen das stalinistische Regime 1949 erneut festgenommen. Im Zuge eines inszenierten Schauprozesses wegen »antisowjetischer Konspiration«,

»Spionage«, »Hochverrats« und »umstürzlerischen Verhaltens« verurteilt, wurde sie am 27. Juni 1950 in Pankrác hingerichtet. Seit 2009 erinnert vor dem Eingang zur Gedenkstätte in Pankrác ein vom tschechischen Bildhauer Milan Knobloch gestaltetes Denkmal mit einer Büste Horákovás an die couragierte Widerstandskämpferin. Auch eine Prager Hauptstraße trägt ihren Namen.

In den ersten Jahren der kommunistischen Herrschaft wurde der bewaffnete Widerstand fortgesetzt. Die verschiedenen Gruppen, deren Mitglieder oftmals bereits im Kampf gegen die nationalsozialistische Besatzung aktiv gewesen waren, führten Sabotageakte in der Industrie und Landwirtschaft durch, sammelten nachrichtendienstliche Informationen, akquirierten Waffen für einen Kampf gegen die kommunistischen Machthaber und bekämpften lokale Parteifunktionäre. Von Einheiten der Geheimpolizei infiltriert, wurden diese Gruppierungen aufgerieben, ihre Mitglieder verhaftet und zu langjährigen Strafen verurteilt oder hingerichtet.

Die fortgesetzten Repressionsmaßnahmen des Regimes erschwerten organisierte Widerstandsaktionen. Dennoch waren Hunderte kleine Initiativen und Einzelpersonen tätig. Sie bereiteten Fluchten ins Ausland vor, sicherten Verstecke für politisch verfolgte Personen, unterstützten die Familienangehörigen von Inhaftierten, produzierten und vertrieben regimekritische Flugblätter oder beseitigten propagandistische Losungen im öffentlichen Raum. In größerem Umfang äußerte sich der gesellschaftliche Widerstand auf dem Land, wo unter Anwendung von Gewalt die Zwangskollektivierung und Enteignung des privatwirtschaftlichen Eigentums des Bauernstands forciert wurde. Die Auswirkungen des planwirtschaftlichen Diktats führten bereits im Dezember 1951 zu spontanen Arbeiterdemonstrationen in Brünn (Brno). Im Zuge der Geldentwertung 1953 büßte die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung ihre gesamten Ersparnisse ein, während die kommunistische Regierung unter dem Vorwand des Klassenkampfes gegen »bourgeoise und reaktionäre Elemente« die marode Wirtschaft aufrechterhielt, die Auslandsverschuldung tilgte und die leeren Staatskassen zu füllen suchte. In Prag und anderen Städten gingen Zehntausende Menschen auf die Straßen, 129 Betriebe im ganzen Land legten aus Protest gegen die Währungsreform die Arbeit nieder. In Pilsen (Plzeň) riefen die Arbeiter der Škoda-Werke am 1. Juni 1953 einen Streik aus, aufgebrauchte Demonstranten besetzten das Rathaus und den städtischen Rundfunk, in den Straßen und an Gebäuden wurden kommunistische Symbole niedergerissen. Erst durch das gewaltsame Einschreiten von Armee, Grenztruppen und Volksmiliz konnte der Aufstand niedergeschlagen werden. In 14 politisch motivierten Gerichtsverfahren wurden 331 Personen zu langjährigen Haftstrafen verurteilt, etwa 200 Familien aus ihren Wohnungen zwangsausgesiedelt.

Nach den von harten Repressionen gekennzeichneten 1950er Jahren lockerte sich die politische Situation zu Beginn der 1960er Jahre. Erste – vorerst wirtschaftliche – Reformbestrebungen sollten die Wirtschaftskrise stoppen. Als dies scheiterte, wuchs die Unzufriedenheit im Land; immer mehr Menschen kritisierten die schlechten Lebensbedingungen, junge Leute forderten Reformen und Schriftsteller und Künstler meldeten sich mit kritischen Werken zu Wort. 1968 wurde der reformorientierte Alexander Dubček zum Generalsekretär der KPČ gewählt. Sein Programm sah die Errichtung eines »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« vor. Seine Reformen betrafen nicht nur die Wirtschaft, sondern vor allem auch die Gewährung von bürgerlichen Rechten wie Rede- und Versammlungsfreiheit sowie die Zulassung von anderen Parteien und Organisationen. Politisch Verfolgte wurden rehabilitiert. Durch die Lockerung der Zensur konnte in den Medien eine öffentliche Diskussion über die Repressalien der Vergangenheit und den Reformkurs geführt werden. In dem im Juni 1968 veröffentlichten »Manifest der 2000 Worte« wurden die Repression verurteilt und weitergehende Neuregelungen gefordert. Während in der Tschechoslowakei



die Reformdiskussionen weitergeführt wurden, wuchsen in anderen sozialistischen Diktaturen die Befürchtungen vor einem Übergreifen der Umgestaltungen. Die tschechoslowakische KP-Führung wurde aufgefordert, die Reformen zu beenden und die »Konterrevolution« zu bekämpfen. In der Nacht vom 20. auf den 21. August 1968 marschierten schließlich Truppen des Warschauer Vertrags in die Tschechoslowakei ein und schlugen den Reformkurs nieder. Sowjetische Truppen besetzten die Hauptstadt Prag. Gegen den Einmarsch erhoben sich Millionen Menschen in der ČSSR. Nach der Niederschlagung des Prager Frühlings flohen Tausende Menschen ins Ausland. In der ČSSR selbst wurden Anhänger der Reformbewegung verhaftet und eingesperrt. Andere erhielten Berufsverbote. Versammlungs- und Redefreiheit wurden wieder eingeschränkt und erkämpfte Erleichterungen zurückgenommen. Der Versuch, einen »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« zu schaffen, war blutig niedergeschlagen worden. Am 16. Januar 1969 verbrannte sich der Student Jan Palach aus Protest gegen den Einmarsch auf dem Prager Wenzelsplatz selbst.

Kaum zehn Jahre später traten erneut kritische Intellektuelle und Künstler mit der Bürgerrechtsbewegung Charta 77 öffentlich dafür ein, demokratische Rechte und Freiheiten zu erkämpfen und Menschenrechtsverletzungen anzuprangern. Ermutigt durch die Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki 1976 setzten sie sich für eine Demokratisierung der Gesellschaft und die Achtung der Menschenrechte ein. Auch diese Initiativen wurden mit Verfolgung und Repression beantwortet und ihre Autoren jahrelang eingesperrt, mit Berufsverboten belegt und schikaniert. Zu ihnen gehörte unter anderem der spätere Staatspräsident Václav Havel. Trotz der Repressalien kam es immer wieder zu Protestaktionen. 1978 wurde das Komitee zur Verteidigung der zu Unrecht Verfolgten gegründet, dessen prominenteste Begründer und Unterstützer wie zum Beispiel Václav Benda, Václav Havel, Petr Uhl und Jiří Dienstbier verhaftet und zu langen Haftstrafen verurteilt wurden.

Die Politik von Glasnost und Perestroika in der Sowjetunion ab Mitte der 1980er Jahre unter Michail Gorbatschow hatte auch Auswirkungen auf die Oppositions- und Dissidentenbewegung in der ČSSR. So demonstrierten beispielsweise im August 1988, zum 20. Jahrestag der Niederschlagung des Prager Frühlings, Tausende Studenten in Prag für eine Demokratisierung der Gesellschaft. Unter dem Eindruck der politischen Veränderungen in den Nachbarländern Ungarn, Polen oder auch der DDR, wo am 9. November 1989 die Mauer gefallen war und Hunderttausende Menschen ihren Protest gegen das kommunistische Regime erfolgreich auf die Straßen getragen hatten, begannen auch die Menschen in der tschechoslowakischen Hauptstadt, sich zu erheben. Eine Demonstration von mehr als 15 000 Studenten am 17. November in Prag markierte den Auftakt zur Samtenen Revolution in der Tschechoslowakei. Sie wurde von der Polizei gewaltsam niedergeschlagen, was jedoch zu einer riesigen Solidaritätswelle im ganzen Land und zu weiteren Aufständen gegen das kommunistische Regime führte. In vielen Städten fanden Protestkundgebungen statt; einem Generalstreik schlossen sich landesweit Millionen Menschen an. Am 24. November 1989 forderten Alexander Dubček und Václav Havel, zwei Symbolfiguren, auf dem Prager Wenzelsplatz den Rücktritt des Politbüros der KPČ. Wie in den anderen kommunistischen Ländern auch erfolgte der Machtverfall der kommunistischen Machthaber rasend schnell. Bereits am 28. November 1989 begannen Verhandlungen zwischen dem nur wenige Tage zuvor gegründeten Bürgerforum und der Regierung, die schließlich in der Bildung einer neuen Regierung, der mehrheitlich Vertreter der Opposition angehörten, mündete. Die Umwälzung in der Tschechoslowakei wurde »Samtene Revolution« genannt, da die Veränderungen nicht durch einen blutigen Umsturz erzwungen, sondern ausgehandelt wurden. Zum Symbol der Massendemonstrationen gegen das

Regime wurde der Schlüsselbund, mit dem die Menschen ihren Protest lautstark zum Ausdruck brachten. Mit der Wahl von Alexander Dubček zum Parlamentspräsidenten und Václav Havel zum Staatspräsidenten Ende Dezember 1989 wurde der endgültige Triumph über die kommunistische Herrschaft besiegelt.

Die kommunistische Herrschaft in der Tschechoslowakei hatte für 248 Menschen aus politischen Gründen den Tod gebracht. 200 000 Personen wurden aus politischen Gründen verurteilt und 4 500 starben an den unmenschlichen Bedingungen in der Haft. Mindestens 327 Menschen verloren bei Fluchtversuchen ihr Leben. Etwa 250 000 Personen wurden in Internierungs- und Zwangsarbeitslagern eingesperrt und etwa dreimal so viele wurden beruflich oder sozial, weitere 500 000 bis 750 000 aus religiösen Gründen diskriminiert.

Nach der Umgestaltung der Tschechoslowakei wurden zu Unrecht verurteilte ehemalige politische Gefangene rehabilitiert. Zudem verabschiedete man 1991 ein Lustrationsgesetz, mit dem frühere hohe Funktionäre, Mitarbeiter der Staatssicherheit und der Volksmiliz aus höheren Verwaltungsposten und öffentlichen Ämtern entfernt wurden. Bereits 1993 erklärte das tschechische Parlament das kommunistische Regime als unrechtmäßig und verbrecherisch. 2008 wurde die Verharmlosung der kommunistischen Verbrechen in der Tschechischen Republik unter Strafe gestellt. Wie in allen ehemaligen kommunistischen Ländern gestaltete sich die Strafverfolgung einstiger Täter und Verantwortlicher für die Verbrechen schwierig. Von den etwa 200 erhobenen Anklagen endeten lediglich 23 mit Haftstrafen, von denen die meisten zur Bewährung ausgesetzt wurden. Bereits 1991 war ein erstes Institut für die Unterlagen der Staatssicherheit gegründet worden, das dem Ministerium des Inneren unterstand. 1995 wurde das Amt zur Untersuchung und Verfolgung kommunistischer Verbrechen (ÚDV) gegründet. 2007 erfolgte schließlich die Einrichtung des Instituts für das Studium der totalitären Regime (ÚSTR), das auch Archivbestände der früheren Sicherheitsorgane besitzt.

In der Tschechischen Republik ist heute der 17. November, an dem 1989 die Samtene Revolution ausbrach, als Tag des Kampfes für Freiheit und Demokratie nationaler Feiertag. Der 27. Juni ist in Tschechien seit 2004 Gedenktag für die Opfer des kommunistischen Regimes. Erinnert wird an diesem Tag damit auch an die Hinrichtung von Maria Horáková im Prager Gefängnis Pankrác am 27. Juni 1950.

# Impressum

© 2018 Sandstein Verlag, Dresden und Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Herausgegeben von Anna Kaminsky  
im Auftrag der Bundesstiftung zur Aufarbeitung  
der SED-Diktatur  
Kronenstraße 5  
10117 Berlin  
[www.bundesstiftung-aufarbeitung.de](http://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de)  
[buero@bundesstiftung-aufarbeitung.de](mailto:buero@bundesstiftung-aufarbeitung.de)

**Fachlektorat**  
Maria Matschuk

**Lektorat**  
Sina Volk, Sandstein Verlag

**Satz und Reprografie**  
Jana Felbrich, Jana Neumann, Sandstein Verlag

**Gestaltung**  
Jana Felbrich, Sandstein Verlag

**Druck und Verarbeitung**  
FINIDR, s. r. o.  
Český Těšín

**Titelmotiv**  
Mahnmal für die Opfer der Hungerkatastrophe  
in Kasachstan (© Jens Schöne)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Dieses Werk einschließlich seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Vervielfältigung, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

[www.sandstein-verlag.de](http://www.sandstein-verlag.de)  
ISBN 978-3-95498-390-2